Interpellation betreffend Thun als Olympiadorf? – Olympische Winterspiele „2026. Les Jeux Swiss Made“ **I 16/2016**

Fraktion Grüne vom 16. Dezember 2016

Gemäss Medienmitteilung unterstützt der Regierungsrat des Kantons Bern die Kandidatur «2026. Les Jeux Swiss Made» für die Olympischen Winterspiele 2026 mit einer Million Franken aus dem Lotteriefonds. Dies, falls Swiss Olympic das Projekt für eine internationale Kandidatur auswählt und deren gesamte Finanzierung sichergestellt ist. Das überregionale Konzept von «2026. Les Jeux Swiss Made» sieht neben dem Zentrum im Wallis auch Wettkampforte in Kandersteg, Bern und Biel sowie ein Olympisches Dorf in Thun vor.

Die Vorstellung, Olympische Spiele würden dem organisierenden Land enorme wirtschaftliche Vorteile verschaffen, ist weit verbreitet. Die positiven Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft werden vor allem von den Organisatoren unterstrichen. Sie betonen die Impulse für den Tourismus und das lokale Gewerbe sowie die Verbesserung der Infrastruktur.

Die Erfahrungen der früheren Austragungsgorte zeigen ein anderes Bild. Gigantische Bauruinen, Umweltbelastung und Mehrausgaben sind Zeugen dieser Megaanlässe. Die bisherigen Erfahrungen mit den Olympischen Spielen sind gemischt. Es ist nicht einfach zu erfassen, ob sie für das jeweilige Gastgeberland tatsächlich wirtschaftlich vorteilhaft waren. Hierfür müsste untersucht werden, wie die wirtschaftliche Lage ausgesehen hätte, wenn die Spiele nicht stattgefunden hätten. Studien, die regelmässig zum Zweck der Bewerbung und der Motivierung der Politik und der Bevölkerung vor den Spielen erstellt werden, kann jedoch kaum vertraut werden. Sie weisen einen wirtschaftlichen Vorteil aus, der letztlich nicht verzeichnet werden kann. Dies geschieht nicht nur aus strategischen Gründen, sondern auch weil die Ersteller der Studien von vorneherein vom Projekt überzeugt sind und entsprechend zu optimistisch kalkulieren. Für die Sommerspiele 1996 in Atlanta wurde zum Beispiel eine Steigerung der Beschäftigung in der Region um 300 000 Stellen prognostiziert, aber in Wirklichkeit war die Beschäftigung nur um 0,2% höher, als sie es ohne die Spiele gewesen wäre.

Seit den Terrorangriffen sind die Sicherheitskosten geradezu explodiert. Dabei handelt es sich um nicht nachhaltige Ausgaben; sie werfen keinen zukünftigen Ertrag ab. Die Infrastruktur- und die Sicherheitsausgaben werden zu einem grossen Teil vom Staat bezahlt. Deshalb stellt sich die Frage, ob der Öffentlichkeit mit einer anderen Verwendung dieser knappen Mittel nicht mehr gedient wäre. Es muss dabei abgewogen werden, ob nicht zum Beispiel höhere staatliche Ausgaben für die Bildung zukünftig eine bessere Rendite bringen würden.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist gewährleistet, dass der Gemeinderat in die weitere Planung einbezogen wird?
2. Welche Ausgaben im Rahmen der Projekteingabe wurden bereits getätigt und/oder sind geplant?
3. Wie konkret sind die Pläne in Bezug auf Ort und Dimension des Olympiadorfs?
4. Ein Olympiadorf in Thun würde die ganze Region Thun betreffen und Auswirkungen auf sie haben. Darum stellt sich die Frage, ob der ERT in die Betrachtungen einbezogen wurde oder ist geplant, es noch zu tun?
5. Müssten neue Bauten erstellt werden? Wenn ja, wo und in welcher Grösse?

6. Darf davon ausgegangen werden, dass der Gemeinderat frühzeitig und transparent informiert und die Bevölkerung in den Entscheid miteinbezieht?
7. Sofern das Projekt konkret wird, kann es sich der Gemeinderat vorstellen, ein Leuchtturmprojekt - ein Olympiadorf Zero CO_2 - zu planen?

Dringlichkeit: wird nicht verlangt.

Thun, 16.12.2016/Andrea de Meuron